

Es handelt sich hierbei nicht um einen Militärputsch oder eine illegale Machtergreifung, sondern um das Aufdecken und Beenden schwerer Verbrechen an der Menschheit. Bitte bedenken Sie, dass es jetzt wichtig ist, vor allem lokal zu denken und nicht auf Instruktionen der Bundesebene zu warten. Sicher finden Sie in den regulären Medien bereits Hinweise und Erläuterungen zum aktuellen Geschehen.

Wir appellieren an Ihr Herz und Ihren Verstand, bitte sorgen Sie in dieser Zeit des Überganges für das Wohl aller. Falls Sie an weiteren Informationen interessiert sind, wenden Sie sich bitte an ihre Mitmenschen, viele wissen es schon. Informieren Sie sich im Internet. Danke für ihre Aufmerksamkeit.

<http://www.friedensfusion.de/>
<http://transinformation.net/>



Rausgeber:

<http://berlinnewstotal.npage.de/>

<http://staatenbund-1871.de/>

Impressum:

Thomas R.

E-mail: Kona.berlin@web.de

Telefon:

Aufruf an die Polizei

zur Einhaltung der Rechte und der Grundordnung.



Recht auf Widerstand

Artikel 20

- (1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
- (2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
- (3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
- (4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.



GRUNDGESETZ

Rechtsstellung von Polizisten im BRD System

Die Tatsache, daß die sogenannte "BRD" kein Staat ist, und keinerlei Legitimation für hoheitliches Handeln besitzt, hat erhebliche Konsequenzen insbesondere für die Arbeit von "Polizisten" im "BRD"-System:

Zunächst sind "Polizisten" im "BRD"-System keine Beamten. Schließlich sind sie keine Staatsbürger der "BRD" und können deshalb keine Beamten der "BRD" sein. Deshalb haben "BRD"-Polizisten auch Dienstaussweise und keine Amtsaussweise.

Die Angehörigen der "BRD"-Polizei sind deshalb einem Werkschutz oder privaten Sicherheitsdienst gleichzusetzen. Sie haben keine Legitimation zur Ausübung von Hoheitsgewalt.

Rechtlich genau betrachtet, handeln Polizeibedienstete im "BRD"-System als Privatpersonen, die verpflichtet sind, sich über ihren rechtlichen Status eigenverantwortlich Klarheit zu verschaffen, wobei sie gegebenenfalls persönlich haften (gem. §§ 823 und 839 BGB). Da die "BRD" kein Staat ist, gibt es folgerichtig im "BRD"-System keine Staatshaftung.

Die Polizisten im "BRD"-System müssen sich deshalb private Berufshaftpflichtversicherungen zulegen, was natürlich auch absolut unwürdig ist. Als Besonderheit unter den polizeiähnlichen Firmen, hat sich das sogenannte "BKA", entgegen dem Grundsatz der Gewaltenteilung, Befugnisse aller drei Gewalten verschafft und sich dadurch im Stil von Gestapo und Stasi gleich ganz von jeglicher Legitimationspflicht abgekoppelt.

(vgl. BGBl. 2008 Teil I, Nr. 66 vom 31.12.2008)

Um zu verhindern, daß andere Privatleute ebenfalls einen Sicherheitsdienst eröffnen, und diesen "Polizei" nennen, ist der Begriff "Polizei" durch das sogenannte "Bundesland Bayern" beim Deutschen Patentamt in München handelsrechtlich geschützt worden **(AktENZEICHEN "30243782")**.

Die Abwicklung der Anmeldung lief über die Anwaltssozietät BOEHMERT & BOEHMERT in Bremen.

Das sogenannte "Bundesland Bayern" ist somit Markeninhaber.

Die anderen sogenannten "Bundesländer" haben mit dem sogenannten "Bundesland Bayern" hierüber entsprechende Nutzungsvereinbarungen.

Registernummer: 30243782

Marke eingetragen Stand am: 20.11.2012

Deutschlands, die außerhalb des Anwendungsgebiets des Grundgesetzes verbleiben müssen, die Möglichkeit sollen erhalten können, an den gesetzgebenden Organen sich zu beteiligen, die das Grundgesetz schaffen wird.

Über das Wie und die Frage, ob sie es allgemein sollen tun können, wird hier noch zu sprechen sein. Aber eine Voraussetzung scheint mir dafür vorliegen zu müssen:

Es müssen freie Wahlen möglich sein; es muß die Möglichkeit bestehen, Vertreter hierher zu entsenden. Dies trifft heute schon auf Berlin zu, und deshalb sollte das Grundgesetz die Bestimmung vorsehen, daß Vertreter Berlins in die gesetzgebenden Körperschaften zu berufen sind. ... (Carlo Schmid)

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank, dass sie sich Zeit für unser Anliegen nehmen.

Sie erhalten heute dieses Schreiben, weil sie sich dazu entschlossen haben, Verantwortung innerhalb unserer Gemeinschaft zu übernehmen und sich in einer Position befinden, die es Ihnen erlaubt, nach bestem Wissen und Gewissen für das Wohl aller zu sorgen. Wenn Sie sich umschauen und ehrlich zu sich sind, ist das die Gesellschaft in der sie leben wollen? Sind sie zufrieden mit dem Weltgeschehen, mit ihrem eigenen Leben? Hätten sie es sich besser vorstellen können? Hatten sie oft in den letzten Jahren das Gefühl, etwas verbessern zu wollen, aber wie ohnmächtig vor einer riesigen Wand zu stehen?

Ohne Hoheitsrechte gibt es keine Beamte und kein Recht, Steuern zu erheben.

Es ist eine offenkundige Tatsache, daß das Grundgesetz keine Steuerdefinition und konkret keine Steuerpflichtigen benennt und insoweit auch keine Einschränkung des GG Art. 14 durch Zitierpflicht nach GG Art. 19 (1) in diesem selbst oder in GG Art. 105, 123 oder sonst wo enthält.

Ich verweise auf die Fundstelle Jarass/Pieroth, GG, 9. Auflage, Art. 105, Rn 2, die folgendermaßen lautet: „Die Besteuerungsmöglichkeit im Verhältnis zum Bürger wird vom GG stillschweigend vorausgesetzt“ (BVerGE 55, 274/301) Insoweit ist der Nachweis geführt, daß das Grundgesetz keine Steuerpflicht erklärt.

Stillschweigende Voraussetzungen zu Lasten anderer, ohne deren Kenntnis vom Stillschweigen sind grundsätzlich unzulässig. Des Weiteren beschreibt der Artikel 108 ausschließlich die Verwaltung, nicht aber die Erhebung von Steuern. Da in keinem Grundgesetzartikel der Steuerbegriff definiert ist, kein Steuerpflichtiger bezeichnet wird und auch keine Voraussetzung erklärt wird, unter welcher Steuern an die „BRD“ zu zahlen wären, **besteht auch aus diesem Grund kein Steuererhebungsrecht für sogenannte Finanzbeamte.**

Am 29.08.1990 wurde die „BRD Finanzagentur GmbH“ gegründet und im Handelsregister des Amtsgerichts Frankfurt am Main 72 HRB 51411 eingetragen.

2006 und 2007

Im April 2006 wird die Zivile Prozessordnung (ZPO), die Strafprozessordnung (StPO) und das Gerichtsverfassungsgesetz gelöscht. Am 11.10.2007 wird das Ordnungswidrigkeiten - Gesetz gelöscht (OWIG)

Kein Staat: keine Richter und keine Polizei (mit hoheitlichen Rechten)

2008

Im Jahr 2008 wurden die staatlichen Forstämter in Schleswig-Holstein aufgelöst. Die Förster haben seitdem keine hoheitlichen Aufgaben mehr und mussten ihre Hoheitszeichen persönlich von ihrer Kleidung entfernen. So heißt es auf der Internetseite: „Mit der Gründung der Landesforsten als Anstalt öffentlichen Rechts am 01.01.2008 nahm der Weg von einer Verwaltung zu einem Unternehmen seinen Anfang und die Forstämter wurden aufgelöst“ <http://www.forst-sh.de/wald-fuermehr/historie.html> (Historie). Aus Arbeitsämtern wurden Arbeitsagenturen. Aus Antragsstellern wurden Kunden, aus Aktenzeichen wurden Geschäftszeichen, aus Einwohnermeldeämtern wurden Bürgerbüros oder Kundenzentren, aus Amtsausweisen wurden Dienstausweise, aus Amtsleitern / Vorstehern der Finanzämter werden Dienststellenleiter (siehe „Finanzamt“ Witten und / oder Detmold / Impressum).

Damit glaube ich die Frage beantwortet zu haben, worum es sich bei unserem Tun denn eigentlich handelt.



Wir haben unter Bestätigung der alliierten Vorbehalte das Grundgesetz zur Organisation der heute freigegebenen Hoheitsbefugnisse des deutschen Volkes in einem Teile Deutschlands zu beraten und zu beschließen. Wir haben nicht die Verfassung Deutschlands oder Westdeutschlands zu machen. Wir haben keinen Staat zu errichten Wir haben etwas zu schaffen, das uns die Möglichkeit gibt, gewisser Verhältnisse Herr zu werden, besser Herr zu werden, als wir das bisher konnten. Auch ein Staatsfragment muss eine Organisation haben, die geeignet ist, den praktischen Bedürfnissen der inneren Ordnung eines Gebietes gerecht zu werden. Auch ein Staatsfragment braucht eine Legislative, braucht eine Exekutive und braucht eine Gerichtsbarkeit. Wenn man nun fragt, wo dann die Grenze gegenüber dem Voll-Staat, gegenüber der Vollverfassung liege: Nun, das ist eine

Frage der praktischen Beurteilung im Einzelfall. Über folgende Gesichtspunkte aber sollte Einigkeit erzielt werden können: Erstens: Das Grundgesetz für das Staatsfragment muß gerade aus diesem seinen inneren Wesen heraus seine zeitliche Begrenzung in sich tragen. Die künftige Vollverfassung Deutschlands darf nicht durch Abänderung des Grundgesetzes dieses Staatsfragments entstehen müssen, sondern muß originär entstehen können. Aber das setzt voraus, daß das Grundgesetz eine Bestimmung enthält, wonach es automatisch außer Kraft tritt, wenn ein bestimmtes Ereignis eintreten wird. Nun, ich glaube, über diesen Zeitpunkt kann kein Zweifel bestehen: „an dem Tage, an dem eine vom deutschen Volke in freier Selbstbestimmung beschlossene Verfassung in Kraft tritt.“

Zweitens: Für das Gebiet eines echten, vollen Staates ist charakteristisch, daß es geschlossen ist, daß also nichts hineinragen und nichts über seine Grenzen hinausragen kann. Bei einem Staatsfragment kann dies anders sein. Hier ist räumliches Offensein möglich. Das wird sich in unserer Arbeit in einem doppelten Sinne niederschlagen können und, wie ich glaube, auch müssen. Dieses Grundgesetz muß eine Bestimmung enthalten, auf Grund derer jeder Teil deutschen Staatsgebietes, der die Aufnahme wünscht, auch aufgenommen werden muß; wobei die Frage noch zu klären sein wird, wie dies geschehen soll und ob Bedingungen aufgestellt werden sollen. Ich glaube, man sollte die Aufnahme so wenig als möglich erschweren. Schließlich bleibt die Frage, ob nicht die Teile

Aufruf an alle sog. „Beamtinnen“ und sog. „Beamten“

Bitte überprüfen Sie alle hier dargestellten Fakten. Wir alle werden von der „BrvdD GmbH“ getäuscht. Die tatsächliche Rechtslage sieht wie folgt aus:

1945

Deutschland ist seit dem Ende des zweiten Weltkrieges kein souveräner Staat, sondern militärisch besetztes Gebiet der Alliierten. Laut des „**Bundesminister der Finanzen**“ Herrn **Wolfgang Schäuble** ist Deutschland seit dem 08. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen. (18.11.2011 auf dem European Banking Congress in Frankfurt a.M.) Das besatzungsrechtliche Provisorium namens „Bundesrepublik Deutschland“ bekam ein Grundgesetz. Ein Grundgesetz ist ein Provisorium zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in einem militärisch besetzten Gebiet für eine bestimmte Zeit.

Beachten Sie: es heißtdas Grundgesetz **für** die „BRD“, nicht **von** der „BRD“! **Carlo Schmid (SPD)** ist einer der Gründerväter der BRD und erklärt, dass das GG keine Verfassung und die BRD nur ein Verwaltungsapparat ist, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Wörtlich heißt es dort: „...wir haben keinen Staat zu errichten....“

1982

Die Staatshaftung wurde durch Bundesverfassungsentscheid vom 19.10.1982 aufgehoben! Stattdessen wurde die persönliche Haftung des „Beamten“ wieder eingeführt (§ 823 und § 839 BGB)

Aus diesem Grund ergehen Steuerbescheide ohne Unterschrift. Aus diesem Grund unterschreiben Richter ihre Urteile nicht mehr.

1990

Mit Streichung des Artikels 23 GG durch den damaligen Außenminister James Baker am 17.07.1990 in Paris, ist der territoriale Geltungsbereich des Grundgesetzes für die „BRD“ mit Wirkung zum 18.0071990 erloschen (BGBl 199, Teil II, Seite 885, 890, vom 23.September 1990). Seit diesem Zeitpunkt – 18. Juli 1990 – existiert das besatzungsrechtliche Provisorium namens „Bundesrepublik Deutschland“, welches 41 Jahre lang die Belange des Deutschen Volkes nur treuhänderisch für die Alliierten zu verwalten hatten, nicht mehr. Durch die Aufhebung des Artikels 23 des Grundgesetzes *für* die „BRD“ und die Aufhebung der Verfassung der DDR sind beide Verwaltungsgebiete rechts- und handlungsunfähig untergegangen. Die DDR, die „BRD“ und ihre Bundesländer haben damals mit dem o.g. Rechtsakt der Alliierten, alle ihnen zugestandenen Hoheitsrechte verloren.

Und das Bundesbeamtengesetz der BRdvd besagt:

Durch die Streichung des Artikel 23 GG und der dadurch verursachten juristischen Löschung des Grundgesetzes ist natürlich auch der Artikel 34 GG nicht mehr existent (Übernahme der Haftung für Beamte durch den Staat).

Das bedeute für jeden aufgrund der Geltung des Strafrechts der Bundesstaaten und des RstGB die persönliche Haftung nach § 826BGB und § 832 BGB, denn auch das originale BGB ist nie außer Kraft getreten.

Dieser Umstand ist umso schlimmer, da seit 1990 die nach dem Grundgesetz dem Bundesrecht unterworfenen Einrichtungen der Alliierten in private Firmen umstrukturiert worden sind und es danach keine Beamten mehr gibt.

Das hat erhebliche rechtliche Konsequenzen neben dem Wegfall der Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit, da die Alliierten ausdrücklich Schieds- und Ausnahmegerichte verboten haben. Es haften also alle Ausführenden schon grundsätzlich, weil sie vortäuschen Staatsdiener zu sein, daß sie als Personal eine privaten Firma nicht sind.

Daher ist ihnen folgendes nahe zu legen:

Hinweis zur Niederlegung des Beamtenverhältnisses:

Hiermit lege ich: Name, Anschrift, Telefon meinen Dienst als Beamter nieder, da mir gemäß 2 BvF 1 /73 jegliche hoheitliche Handlungen verboten sind. Eine strafbare Handlung wäre für mich daraus unabdingbar und zweifelsfrei erkennbar. Ich halte mich bis zur juristischen, völkerrechtlichen Klärung unter obiger Anschrift auf und stehe selbstverständlich für Notfälle sofort zur Verfügung.

Beamter, Unterschrift

Wofür ist die Polizei da?

Es sind alles ehrenvollen Aufgaben die ein Polizist hat und es ist doch etwas wundervolles für seine Mitmenschen da zu sein. Solch ein Mensch war immer hoch angesehen und er wurde von allen Menschen geehrt und von Herzen geliebt. Würdet ihr so handeln wie oben beschrieben dann hättet ihr so viele echte Freunde und Menschen die euch lieben, ehren und achten, das könnt ihr euch gar nicht vorstellen.

+++ So sieht leider die bittere Realität aus +++

Heutzutage werden mehr unschuldige Menschen eingesperrt als richtige Verbrecher. Menschen werden eingesperrt die niemanden ein Leid angetan haben. Ihr einziges "Verbrechen" besteht darin kein Geld zu haben! Geld welches durch die Justiz von euren Mitbürgern erpresst wird.

Heutzutage werden mehr unschuldige Menschen eingesperrt als richtige Verbrecher. Menschen werden eingesperrt die niemanden ein Leid angetan haben. Ihr einziges "Verbrechen" besteht darin kein Geld zu haben! Geld welches durch die Justiz von euren Mitbürgern erpresst wird.

Was kann ich als Polizist machen?

Seit dem ich diesen Artikel mit dem Polizeiaufruf veröffentlicht habe ist sehr viel passiert. Sehr viele Menschen haben mich angeschrieben und auch Angerufen und haben sich für diesen Artikel bedankt. Und mich haben sogar Polizisten kontaktiert die den Artikel von mir klasse finden. Einer Polizist fragte mich sogar was er jetzt machen soll. Da musste ich weinen weil jetzt endlich das passiert ist wofür ich jeden Tag bete, das ich die Menschen erreiche und sogar die Polizisten.

Aus diesem Grunde habe ich hier ein paar Tipps für euch

- Zeigt euren Kollegen meinen Artikel und redet mit denen da drüber. Seit einfach ganz neutral und fragt sie was sie davon halten
- sendet diesen Artikel an eure Kollegen
- sendet diesen Artikel an alle Polizeidienststellen
- aufgewachte Polizisten sollten klug versuchen ihre manipulierten Kollegen aufzuwecken

Wichtig ist es das ihr auch Polizisten bleibt und nicht euren Job an den Nagel hängt! Wenn du die Schnauze voll hast und einfach nur in Frieden leben möchtest dann schließe dich uns an und lebe gesund und autark in einer starken Gemeinschaft.

Quelle: <https://bewusstscout.wordpress.com/>

Alles nur Firma in der BRD.

Suchen Sie den Namen Ihres „Finanzamtes“ in der Firmenauskunft www.firmen.sofortauskunft.info, in der die meisten „Finanzämter“ als Firma gelistet sind.

Die „BRdD GmbH“ verschenkt nicht nur das Sondervermögen des nach wie vor besetzten Landes, sondern in Kürze auch Ihr Privatvermögen mittels Zensus 2011 und dem ESF Fond! Mit Ihrer Arbeit unterstützen Sie diese kriminelle Organisation und sind Teil davon. Sie laufen Gefahr wegen Anwendung ungültiger Gesetze und wegen Hochverrats beim russischen Militärgericht angeklagt und abgeurteilt zu werden.

Das Bundesverfassungsgericht hat am Mittwoch, 25. Juli 2012, das Bundeswahlgesetz für verfassungswidrig erklärt. Der Zweite Senat unter Vorsitz von Prof. Dr. Andreas Voßkuhle gab damit den Verfassungsklagen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie von über 3.000 Bürgern statt. Die Richter erklärten in ihrem Urteil (Aktenzeichen: 2 BvF 3 / 11) zentrale Bestimmungen zur Zuteilung der Abgeordnetensitze für unwirksam, weil sie gegen die Grundsätze der Gleichheit und Unmittelbarkeit der Wahl sowie der Chancengleichheit der Parteien verstoßen.

Die jetzige „Regierung“ ist illegal an der Macht.

Europ. Gerichtshof für Menschenrechte.

Dieser internationale Gerichtshof hat festgestellt, das die BRD kein effektiver Rechtsstaat mehr ist (Az.: EGMR 75529/01 v. 08.06.2006).

Alle vermeintlichen Bundesbeamten sind spätestens seit der Löschung der vermeintlichen BRD und des vermeintlichen

Grundgesetzes vorrangig berechtigt und verpflichtet, schnellstens und als Eilsache von Amts wegen, entsprechend ihrem geleisteten Dienstleid nach Amtseid nach: [§185 BBG] die Wiederherstellung der Bundesstaaten zu fordern oder wenigstens gemäß Art. 20 (4) GG Widerstand gegen die schuldigen Haupttäter der Gesetzlosigkeit der real existierenden BRD zu leisten!

Denn das BBG (Bundesbeamtengesetz) legt genau das fest, sogar ausdrücklich für das Deutsche Reich in seinen Grenzen vor dem 31.12.1937 und danach in den Grenzen von 31.12.1937 zu dienen. Da jedoch alle völkerrechtswidrigen Akte davon ausgenommen, Verbot der Anwendung von nationalsozialistischem Recht, ergibt sich automatisch, daß somit der Amtseid tatsächlich auf Recht und Gesetze der Bundesstaaten und mit seiner gültigen Verfassung des Deutsches Reichs von 1871, Rechtsstand 2 Tage vor Ausbruch des ersten Weltkriegs geleistet wurde.